

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

p./XVIII/147

Bonn, den 6. August 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Babylonische Verwirrung in Bonn</u>	48
	Für oder gegen das Abkommen von Moskau ? Der Bundesbürger darf raten	
4 - 3	<u>Ist eine Steuererhöhung unvermeidlich ?</u>	79
	Bemerkungen zur Finanzpolitik des Bundes Von Heinrich G. Ritzel, MdB	
4 - 5	<u>August Bebel in der deutschen Geschichte</u>	93
	Zu seinem Todestag am 13. August Von Walther G. Dachtilewski	
6	AFRIKANISCHES TAGEBUCH (V): <u>Gewerkschaften in Afrika</u>	47
	Unverständliche Haltung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften Hans-Jürgen Wischniewski, MdB, berichtet heute aus Mali	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Babylonische Verwirrung in Bonn

Für oder gegen das Abkommen von Moskau ?

sp - Ein politischer Normalverbraucher, der in diesen Tagen darauf antworten sollte, wie die Bundesregierung zum Moskauer Atomteststopp-Abkommen steht, müßte - wenn er ehrlich ist - Fehlanzeige erwarten. Besagter Normalverbraucher orientiert sich gewöhnlich an Zeitungen. Dem Bewohner der provisorischen Bundeshauptstadt Bonn, deren hier erscheinende Blätter aus begreiflichen Gründen meist recht gut informiert sein sollten, stellt sich die Meinung der Bundesregierung zum Atomteststopp-Abkommen am Dienstagmorgen wie folgt dar:

Die "B o n n e r R u n d s c h a u", eine Zeitung, die den Regierungsparteien gewiß nicht fern steht, orientiert ihre Leser wie folgt:

- \* "Bonn zögert mit Beitritt zum Moskauer Vertrag".

Der Rundschau-Leser erfährt, die Bundesregierung habe bis zur Stunde keine Entscheidung gefällt, und man könne vermuten, daß "Bonn" auf die Abstimmung über das Vertragswerk im amerikanischen Kongreß am 12. August warten wolle. Lang und breit wird dann dargestellt, daß "die Informationen seit Montag immer spärlicher fließen".

Der ebenfalls in Bonn erscheinende "G e n e r a l a n z e i g e r", eine Zeitung, die sich unabhängig nennt, berichtet zwar auf der ersten Seite ähnlich wie die "Bonner Rundschau", behauptet aber in der Überschrift zu dem betreffenden Artikel, die Bedenken Bonns seien nicht ausgeräumt und stellt scherzhaft fest:

- \* "Kein Beitritt Bonns zum Testverbot".

Verwirrt durch einen derartigen Widerspruch greift unser politischer Normalverbraucher verzweifelt zu einem überregionalen Blatt, von dem er vermutet, daß es sich nicht im Gestrüpp des Bonner Nachrichtendschungels verirrt. Zu seiner größten Überraschung jedoch muß er nunmehr feststellen, daß alles halb so schlimm sei und daß die Bundesregierung doch dem Abkommen beitreten werde.

"D i e W e l t" vom gleichen Tage schreibt in ihrem Spitzenkommentar aus Bonn:

- \* "Die Bundesregierung wird dem Teststopp-Abkommen beitreten. Das ist vom Kabinett noch nicht beschlossen, aber es ist zu vermuten. Denn niemand kann sich ernsthaft denken, daß unsere amerikanischen und britischen Freunde die von Bonn gewünschten Aufklärungen und Zusicherungen nicht geben werden."

Resigniert ob solcher babylonischer Verwirrung legt der wissensdurstige Leser nun alle Zeitungen zur Seite oder er fängt an, auf die Regierung zu schimpfen. Wenn er ganz mißgelaunt ist, schimpft er sogar auf "die Demokratie" oder auf "die Presse". - In hintersten Winkel seiner wissensdurstigen Seele bleibt aber doch noch ein Hoffnungsstrahl. Er schaltet den Rundfunk ein und hört, der Papst habe seiner Freude und Genehmigung darüber Ausdruck verliehen, daß in Moskau das Atomteststopp-Abkommen unterzeichnet worden sei. Mit einem Seufzer der erleichterung vergißt unser Freund die verwirrenden Zeitungsmeldungen, weil er sich sagt, daß in Bonn eine christliche Regierung regiert, die noch immer gewußt hat, was die ihren Namen schuldig ist und sicher nicht weniger fürstlich sein will als der Papst.

## Ist eine Steuererhöhung unvermeidlich?

### Bemerkungen zur Finanzpolitik des Bundes

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Bis jetzt rechtfertigen die Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden die Gesamt-Einnahme-Schätzungen des Bundesfinanzministeriums für 1963 mit etwa 91,9 Milliarden DM. Auch wenn man die vielfachen Ausgabesteigerungen berücksichtigt, kann man der Auffassung des Bundesministers der Finanzen, Dr. Dahlgrün, zustimmen, der meint, eine weitere Steuererhöhung sei nicht notwendig. Dabei stehen allerdings zwei Gesichtspunkte im Vordergrund: einmal die endliche Durchführung einer Finanzreform, zum anderen die Feststellung, daß die derzeitige Finanz- und Steuerpolitik per Saldo nur eine Bedarfsdeckungspolitik für den Augenblick ist und eine Politik der Rücklagenbildung nicht zuläßt.

Steuerpolitisch gesehen, sind die Zeiten, die wir durchleben, keine Jahre im Sinne Josephs von Ägypten. Niemand in Politik und Wirtschaft hat den Mut, in den fernen Jahren an Steuerrücklagen für die eines Tages vielleicht doch kommenden mageren Jahre zu denken. Man ist eher geneigt, in Gedanken an diese mögliche Entwicklung die Augen zu schließen oder sie auf die freundlicheren Gefilde des weiteren Wachstums des realen Bruttosozialprodukts zu richten und in Ermahnung tretende depressive Momente außer acht zu lassen. Man ist auch geneigt, schon den noch nicht abgeschlossenen Kampf um die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern als den Beginn einer Finanzreform zu betrachten. Dabei handelt es sich hier nur um finanzpolitisches Flickwerk; die Maßschneiderei einer echten Finanzreform wird weiterhin vertagt ...

\* \* \*

Eine Steuererhöhung ist durchaus vermeidbar, wenn sich die Steuer- und Finanzpolitik des Bundes endlich bemühen würde, eine echte Progression in der Einkommensbesteuerung herbeizuführen. Der Bund der Steuerzahler hat vor kurzem gemeint, das Ziel sei, jedem Bürger ein gleich schweres Opfer für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben zuzusetzen. Einverstanden! Nur muß sich die Gleichheit des Opfers nicht an der Kopfzahl der Pflichtigen und ihrer gleichmäßigen Belastung orientieren, sondern an den Einkommen und Vermögen der Pflichtigen und damit an den Gesichtspunkten einer vernünftigen und sozial gerechtfertigten Progression!

- \* Die Vermögenssteuerstatistik weist ein Gesamtvermögen der
- \* bundesdeutschen Millionäre im Jahre 1960 von 135,5 Milliar-
- \* den DM aus. Versteuert werden davon dank unserer heutigen
- \* Steuergesetze nur 82,5 Milliarden DM. Sie bringen - wenn al-
- \* les einget - 838 Millionen DM, also wenig mehr als ein Pro-
- \* zent. Daß hier ebenso wie bei den Einkommensmillionären noch
- \* erhebliche Reserven liegen, kann kein Verantwortlicher be-
- \* zweifeln.

Bieten sich so Mehreingänge bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer an, wenn man etwa bei den Einkommen von mehr als 100.000 DM und bei den Vermögen von mehr als einer Million DM durch Neubewertung des Land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes, des bebauten Grundbesitzes, durch Überprüfung der Freibeträge und der mehr als erstaunlichen Möglichkeiten, das Finanzamt mit "Geschäftskosten" zu belasten, die keine sind und die oft nicht nur an einen organisierten Betrug erinnern, sondern bereits Betrug sind, denn bieten sich andererseits bei der Notwendigkeit, den Bundeshaushalt auszugleichen und gewisse Ausgabeanforderungen zu senken, Chancen, an deren man künftig nicht mehr vorbegeben darf.

\* \* \*

Jede Etatpolitik muß zwingend von der Einsicht getragen sein, unsere Währung stabil zu erhalten. Damit steht fest, daß sich die Bundesrepublik in Fragen der Ausgabewirtschaft nicht übernehmen darf, wenn sie nicht schwere Konsequenzen heraufbeschwören will. Es ist erschreckend zu sehen, in welchem Ausmaß der Bund zu allen möglichen und eigentlich unmöglichen Leistungen herangezogen wird. Es ist erschreckend, zu welchen Belastungen eine in ihren Folgen unbedachte Agrarpolitik zu führen droht, es ist erschreckend, daß auf dem Gebiete der Verteidigungspolitik noch vielfach eine Sorglosigkeit in der Ausgabewirtschaft herrscht, die bei aller Bejahung der Verteidigungsnotwendigkeit an sich einfach nicht verantwortet werden kann. Nicht mangelnder guter Wille, sondern die Erkenntnis der wirtschafts- und währungs-politischen Grenzen müssen hier bestimmend sein.

\* \* \*

Schließlich sei noch einmal daran erinnert, daß es unter den heute gegebenen Umständen nicht vertretbar ist, die Ausgaben- deckung für den Erwerb von neuem Bundesvermögen, für großzügige Geländekäufe, für Erstellung von Neubauten, für Gewährung von Darlehen und andere vermögenswirksame Ausgaben aus laufenden Steuer- eingängen zu erwarten, anstatt solche Ausgaben in den außerordent- lichen Haushalt zu stellen und - wenn sie dort aus Anleihen oder am Jahresende aus Einnahmetüberschüssen und Ausgabeersparnissen des ordentlichen Haushalts nicht gedeckt werden können - zu unterlassen. Solche Belastungen des Bundeshaushalts dürfen überhaupt kein An- laß sein, Steuererhöhungen zu beschließen!

\* \* \*

## August Bebel in der deutschen Geschichte

Zu seinem 50. Todestag am 13. August  
Von Walthor G. Oschilewski

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die älteste deutsche Partei. Die Hundert Jahre ihrer wechselreichen Geschichte, die in den letzten Monaten vielerorts in aller Öffentlichkeit, von Presse, Rundfunk, Fernsehen, politischen Organisationen und in einer Reihe von Publikationen gewürdigt wurden, sind als integrierendes Element unlöslich mit der Geschichte unseres Volkes und seiner Staatsentwicklung verbunden.

Das Jahr 1863, in dem der große Volkstribun Ferdinand Lassalle - "Fast ein Danton und ein Stück Heine", wie ihn Veit Valentin charakterisierte - den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, die erste sozialdemokratische Organisation, mit dem Ziel des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts gründete, war auch das Geburtsjahr von Arno Holz und Richard Dehmel. 1863 widersetzten sich in einem Aufstand mit schon sozialrevolutionären Tendenzen die Polen der russischen Fremdherrschaft, wurde die Sklaverei in den Niederländischen Kolonien und das Spießbrutenlaufen in Russland abgeschafft. Also ein ereignisreiches, denkwürdiges Jahr, das mit allen seinen historischen Fakten die gesellschaftliche Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts entscheidend mitbestimmt hat.

\* \* \*

Die deutsche Sozialdemokratie wäre aber nicht in die Geschichte eingerückt, wenn es ihr an Persönlichkeiten geschichtsbildender Kraft gefehlt hätte. Auf die Frage, wann denn die gesellschaftliche Entwicklung der Persönlichkeit erlaubt, ein progressiver Faktor zu sein - eine Frage, die die Geschichtswissenschaft seit eh und je beschäftigt - hat ihr letzter großer Repräsentant, Friedrich Meinecke, mit der Feststellung geantwortet, daß die günstigsten Zeiten für die Entfaltung von geschichtlichen Persönlichkeiten wohl "die des Morgengrauens zwischen alten und neuen Epochen sind, wenn lange herrschend gewesene Lebensformen, Ideen und Einrichtungen sich lockern und umbilden und ihre bindende Kraft verlieren".

Eine solche Persönlichkeit zu einem Zeitpunkt gesellschaftlicher Umwandlung und Regeneration war August Bebel, und er war es zunächst, den Utopisten verwandt, in einem schwärmerischen Sinne. Erst als ihn die intellektuellen Wortführer Wilhelm Liebknecht und Friedrich Engels in die strenge Schule Marx'scher Erkenntnisse nahmen, wurde er zum klassischen Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung, vom Auftreten Ferdinand Lassalles bis zur Schwelle des ersten Weltkrieges. Getragen vom grenzenlosen Vertrauen des arbeitenden Volkes wuchs er zur unstrittigen Führergestalt. Er hätte der, der er war, nicht werden können, wenn er sich nicht des gesellschaftspolitischen Auftrages seiner Zeit bewußt geworden wäre. Die Zeit war überreif, um die Ursachen des Elends und der Ungerechtigkeiten an der Wurzel zu packen,

somit die soziale Frage in Fluß kommt und der Anspruch der "unteren" Volksmassen nicht mehr von der politischen Tagesordnung verschwindet.

Was Bebel vorschwebte, und was er im Erwecken und Argumentieren, im Agitieren und Organisieren zu erreichen suchte, war im Endeffekt - wenn man die sozialistischen Glaubensinhalte auf ihre praktische Nutzenanwendung reduziert - die durchgreifende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

Dabei ist diesem schmächtigen Mann mit dem prachtvollen Kopf zwischen den schmalen Schultern zeit seines Lebens und Wirkens das Missionarische - das Missionarische im besten Sinne des Wortes - geblieben. Aber er hatte auch viel von einem Savonarola an sich, von jenem streitbaren florentinischen Sittenprediger des späten Mittelalters, der die Kirche im Geist des alttestamentarischen Propheten reformieren wollte.

\* \* \*

August Babels Feld war die Kampfbahn der Politik, die Tribüne des Reichstages und die Massenversammlungen. Als ein Redner großen Stils beherrschte er alle Mittel uraltlicher und auführerischer Volksberedsamkeit. Der stählerne Klang seiner Stimme hallte bis in die äußersten Winkel der Versammlungsräume. Bismarck war der große Gegenspieler, und der Kampf zwischen David und Goliath, wie ihn einmal eine Karikatur in den von Julius Stettenheim herausgegebenen "Berliner Wespener" im Jahre 1871 darstellte, ist anders ausgefallen, als ihn die Mächte des damaligen Regimes erwarteten. Nach dem Fall des perfiden Sozialistengesetzes und nachdem die noch unter Wirkung dieses Schandgesetzes erfolgten Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 eininhalb Millionen sozialdemokratische Stimmen erbrachten, schickte man Bismarck in die Wüste. Der kleine David hatte den großen Goliath gefällt ...

August Bebel war aber nicht nur ein unkomödiantischer Volksführer und politischer Kanzelredner großen Stils - er war auch der Prototyp des bildungshungrigen Arbeiters. Es ist nicht zufällig, daß die sozialdemokratische Volksbewegung von den Arbeiterbildungsbestrebungen der sechziger Jahre, deren hervorragender Instrukteur Bebel gewesen ist, ausgegangen ist. Der Drechslermeister, der, schon ein Politiker von bedeutenden Graden, auf einer Leipziger Gewerbeschau noch seine vergoldeten Türklinken ausstellte, vorfügte über ein immenses Wissen. Er schrieb über die medizinisch-arabische Kulturapoche, über das Leben und die Theorien des eigenwilligen Frühsozialisten Charles Fourier und sehr sachkundig über die Stellung der Frau in allen Völkern und Epochen. Sein diesbezügliches Buch "Die Frau und der Sozialismus" (1883) war das meistgelesene Buch über den Sozialismus in deutscher Sprache.

\* \* \*

Bebels Bild hing in ungezählten Arbeiterwohnungen, aber auch im Arbeitszimmer des Freisinnigen Friedrich Naumann, eines großen Erziehers zum Politischen, hier einträchtig neben Bismarck, dem anderen Exponenten der Reichsgründungszeit, denn auch bei seinen Gegnern war August Bebel hoch geachtet. Hermann Wagner, der Intimus Bismarcks und Führer der Konservativen, pries in seinen Lebenserinnerungen Babels "staatsmännische Ader, die seinen Kuden ein gewisses höheres Gepräge verleiht".

August Bebel personifizierte die erste Periode der deutschen Sozialdemokratie, deren Wachstum er beschleunigte, und der er ein welt-historisches Ziel gab.

6. August 1963

## AFRIKANISCHES TAGEBUCH (V)

### Gewerkschaften in Afrika

Hans-Jürgen Wischniewski, MdB,  
berichtet heute aus Mali

Bamako, Anfang August 1963

In diesen Tagen hielten die Gewerkschaften der Republik Mali (U.N.T.M. = Union Nationale des Travailleurs du Mali) ihren ersten Gewerkschaftskongreß in der Hauptstadt ihres Landes, in Bamako, ab. Es gibt in Mali nur eine Gewerkschaftsorganisation, wie es auch nur eine politische Partei gibt. Der Kongreß erhielt seine besondere Bedeutung durch eine Rede des Präsidenten der Republik, Modibo Keita, der bekanntlich im vergangenen Jahr der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch abgestattet hat. Viele ausländische Delegationen nahmen an dem Kongreß teil. Neben afrikanischen Delegationen waren allerdings ausschließlich solche aus dem kommunistischen Lager vertreten; die kommunistischen Gewerkschaften Frankreichs, Nordkoreas, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, der Sowjetunion, Chinas, Albanien und selbstverständlich auch der Sowjetzone mit zwei Vertretern neben dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund. Die Gewerkschaften der freien Welt waren nicht vertreten. Meine Nachfragen ergaben jedoch, daß sie eingeladen waren. Sie nahmen jedoch nicht teil und überließen damit das Feld völlig den Kommunisten. Die in Bamako anwesenden afrikanischen Gewerkschaften haben das nicht verstehen können.

Diese Einstellung der Gewerkschafter der freien Welt scheint mir in keiner Weise vertretbar zu sein. Gerade nach der Konferenz von Addis Abeba werden die afrikanischen Gewerkschaften in noch stärkerem Maße als bisher einen Weg suchen, unabhängig von den Gewerkschaftern des Westens, aber auch unabhängig von den kommunistischen Gewerkschaften des Ostens. Sie werden aber mit **b e i d e n** Seiten Beziehungen halten wollen. Diese Auffassung entspricht nun einmal der afrikanischen Neutralitätspolitik. Gerade deshalb müssen die freien Gewerkschaften des Westens, unabhängig von Organisationsfragen (mit Ausnahme der Mitgliedschaft im kommunistischen Weltgewerkschaftsbund), um einen engen Kontakt mit **a l l e n** afrikanischen Gewerkschaften bemüht sein. Ihr Engagement ist im Interesse der freien Welt zwingend notwendig. Politik in Afrika wird nicht nur über diplomatische Vertretungen gemacht.

Inzwischen haben die algerischen Gewerkschaften den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften verlassen. Mit ihren Vertretern hatte ich in Bamako eine lange Aussprache. Sie wollen keine unfreundliche Auseinandersetzung mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften. Ihr Austritt ist alles andere als eine Kriegserklärung. Sie wünschen die weitere Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie werden sich nicht dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund anschließen. Sie wollen und werden aber ihre Rolle in der panafrikanischen Gewerkschaftsbewegung spielen. Eine Zurückweisung der angebotenen Zusammenarbeit wäre unverantwortlich. In Düsseldorf und Brüssel sollte das genau überlegt werden.

Die kommunistischen Regierungen haben in der letzten Zeit in Afrika keine Erfolge erringen können. Im Gegenteil. Gerade deshalb wäre es tragisch, wenn der Kommunismus auf diesem Wege zu Erfolgen kommen könnte.